

zichteten praktisch darauf, die Bürger in den Städten und Dörfern für die aktive Teilnahme am nationalen Kampf zu mobilisieren, ihre Initiative zu wecken, ihnen Anleitung für die große nationale Auseinandersetzung mit den Verfechtern der Spaltung und der Remilitarisierung Westdeutschlands zu geben. In der Zahl 63 865 sind 42 731 Haus- und Hofversammlungen und außerdem rund 13 750 spezielle Versammlungen mit Handwerkern, Bauern, Rentnern, Hausfrauen, mit Angehörigen der Intelligenz und anderen enthalten. Das zeigt, daß die Haus- und Hofgemeinschaften eine riesige politische Kraft entfalten können. Aber es gibt in der Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin insgesamt rund 350 000 Haus- und Hofgemeinschaften. Von je 100 Haus- und Hofgemeinschaften haben sich im März also nur 13 zusammengefunden, um die politische Lage und die Aufgaben der deutschen Patrioten zu besprechen und eigene entsprechende Beschlüsse für ihre Verwirklichung zu fassen.

Die Initiative reicht also bei weitem nicht aus, um der Größe der Aufgaben der patriotischen Volksbewegung gerecht zu werden. Das um so weniger, da im März unsere Partei, die Regierung, die Volkskammer, der demokratische Block und der Nationalrat das ganze deutsche Volk zu Aktionen gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge aufriefen. Wir haben bei weitem nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Millionen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in den nationalen Kampf einzubeziehen und die Patrioten Westdeutschlands allseitig zu unterstützen. Der nationale Protest gegen den Raub der demokratischen Rechte und Freiheiten in Westdeutschland, der schon viele Patrioten aus den Fängen der Adenauerjustiz befreite, muß noch viel stärker werden, so daß die Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe daran gehindert werden, den Terrorprozeß gegen die KPD weiterfortzuführen. Jupp Angenfort und Wolfgang Seiffert wurden vor die Schranken des Gerichtes gezerrt und zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Noch schmachten Tausende Patrioten, unter ihnen auch Dr. Julius Hahn, Vorsitzender des westdeutschen Arbeitsausschusses der Nationalen Front, hinter Kerkermauern. Auch gegen den Genossen Georg Gampfer, den Sekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Westdeutschland, und seine Freunde geht die Bonner Terrorjustiz jetzt vor. Deshalb muß der nationale Protest des deutschen Volkes zu einer noch stärkeren Kraft werden, zu einer solchen Kraft, die auch die Adenauerkerker sprengt. Die Friedens- und Abrüstungsvorschläge der Sowjetregierung an die UN, der Inhalt des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, die unermüdlichen Bemühungen der Sowjetregierung um eine Entspannung der internationalen Lage und um die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, ebenso wie alle Bemühungen unserer Regierung und Volkskammer um die friedliche Verständigung der Deutschen untereinander, sind in Westdeutschland noch nicht so bekannt, wie es notwendig wäre. Die unzufriedenen, nach Auswegen suchenden Volksmassen in Westdeutschland brauchen aber dringend eine Orientierung. Sie brauchen die brüderliche Hilfe der Millionen Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik. Solange wir aber zulassen, daß nur die Hälfte der Ausschüsse und nur ein Teil der Haus- und Hofgemeinschaften politische Aufklärungsarbeit leisten und die Volksmassen mobilisieren, können wir nicht davon sprechen, daß die Nationale Front die ihr auf dem 24. Plenum des ZK gestellten Aufgaben genügend oder gar in vollem Umfang erfüllt.